

## **Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der Auszeichnung mit dem „Marwa-El-Sherbini-Preis“ am 1. Juli 2023 in Düsseldorf**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Prof. El-Mafaalani,  
sehr geehrter Herr Hashemi,  
liebe Mitglieder der Jury,  
liebe Gäste,

Marwa El-Sherbini kam als studierte Pharmazeutin und erfolgreiche Leistungssportlerin nach Deutschland. Mit ihrem Mann, dem Genforscher Elwy Ali Okaz, zogen sie zuerst nach Bremen, dann nach Dresden. Marwa und Elwy bekamen einen Sohn. Ihr Leben unterschied sich nicht wesentlich von dem von Millionen anderer Familien in Deutschland. Am 1. Juli 2009 wurde Marwa von einem Mann ermordet, der sie zuvor aufgrund ihres Glaubens beleidigt hatte und deshalb vor Gericht stand.

Es dauerte lange, bis die deutsche Öffentlichkeit die Tat als das wahrnahm, was sie ganz offenkundig war: Ein antimuslimisches Hassverbrechen.

Marwa El-Sherbini war eine Frau, die sich wehrte und die in unseren Staat vertraut hatte. Ihr Andenken tragen Sie, das Forum für muslimische Zivilgesellschaft, mit diesem Preis

weiter. Er soll auch eine Mahnung sein. Es ist mir daher eine Ehre, den Preis, der nach Marwa El-Sherbini benannt ist, heute entgegenzunehmen. Ich betrachte ihn als Anerkennung für die systematischen Bemühungen der Stadt Köln, dem Thema antimuslimischen Rassismus zu begegnen. Ich betrachte ihn aber vor allem als Auftrag, nicht nachzulassen:

Nicht nachzulassen, Hass auf Menschen einer bestimmten Glaubensgruppe, mit einer bestimmten Hautfarbe oder sexuellen Orientierung, mit einer anderen Herkunft als die vermeintliche Mehrheitsgesellschaft oder mit einer Behinderung als solchen zu benennen und zu unterbinden.

Nicht nachzulassen, für das Ideal des offenen und liberalen Rechtsstaats zu streiten. Wir möchten ein Land werden, in dem nicht zählt, wo jemand herkommt, sondern ausschließlich wo er oder sie hinwill. Wir möchten ein Land werden, in dem jede und jeder nach seinen Vorlieben und Talenten leben kann, frei von Diskriminierung und sozialem Druck.

Zu lange haben wir geglaubt, Fremdenhass, Antisemitismus, Rassismus und Islamfeindlichkeit seien so etwas wie Regionalphänomene oder ein letztes Aufbäumen einer schwindenden, autoritär denkenden Minderheit. Wir haben uns geirrt. Die Anzahl antimuslimischer Straftaten steigt von Jahr zu Jahr. Zunehmend werden Muslime als Problemgruppe

wahrgenommen. Muslimisch und deutsch werden von Teilen der Bevölkerung als inkompatibel wahrgenommen.

Seit Oktober 2022 wird an der Kölner Zentralmoschee, freitags zwischen zwölf und 15 Uhr, höchstens fünf Minuten und hörbar nur im unmittelbaren Umfeld der Moschee, der Ruf des Muezzins praktiziert. Ich finde das ist nichts Besonderes, sondern der Ruf des Muezzins in Köln-Ehrenfeld ist ein zwangsläufiger Ausdruck der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit. Rund 15% der Kölnerinnen und Kölner sind muslimischen Glaubens. Köln hat weit über 200 Kirchen, deren Geläut selbstverständlich zum städtischen Klangbild gehört.

Leider war die Reaktion eines Teils der Öffentlichkeit auf die Durchsetzung dieses Grundrechts geradezu aufrüttelnd. Vorurteile, ja blanker Hass kamen zum Vorschein. Dieses Erlebnis hat mich darin bestärkt, das Engagement der Stadt Köln gegen antimuslimische Ressentiments noch zu schärfen.

Neben anderen Maßnahmen erarbeiten wir etwa derzeit als Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus ein Handbuch gegen antimuslimischen Rassismus, das im September veröffentlicht wird. Die Erkenntnis ist leider: Selbst im liberalen, im weltoffenen Köln erleben wir Rassismus. Selbst bei uns sind wir noch entfernt von einem Land, in dem Leistungsbereitschaft und Solidarität statt Herkunft zählen.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Kommunen bilden die unmittelbare Ebene zu den Menschen in unserem Land. Sie sind gesellschaftlichen Problemen und Phänomenen ausgesetzt, oft müssen sie entscheiden, ohne dass eine gesellschaftliche Debatte oder gar eine politische Entscheidung von Bund oder Ländern vorausgegangen ist. Am vergangenen Wochenende hat der Kandidat der Alternative für Deutschland die Wahl zum Landrat im Landkreis Sonneberg in Thüringen gewonnen. Landräte und Oberbürgermeisterinnen sind Behördenleiterinnen und -leiter. Sie setzen Gesetze um, haben aber in vielen Fragen einen Spielraum. Sie prägen die Haltung der Verwaltung, ihre Stellung ist entscheidend. Diese Wahl; sie war bedeutend.

Über die Ursache des Wahlsiegs gibt es seither eine kontroverse Debatte.

Es bringt sicher nichts, die Menschen im Landkreis Sonneberg, die Thüringerinnen und Thüringer oder pauschal alle Ostdeutschen zu belehren. Es bringt aber genauso wenig darüber hinwegzusehen, dass die absolute Mehrheit der Wählenden sich für einen Kandidaten entschieden hat, der dem vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem bezeichneten Thüringer Landesverband der AfD angehört und der auf verschwörungstheoretischen Montagsdemos von einem „Marionettenstaat Deutschland“ sprach.

Wir stehen an einem gesellschaftlichen Kipppunkt. Kein Heizungsgesetz kann so schlecht sein, dass Menschen plötzlich Rechtsextremisten wählen. Wer AfD statt CDU wählt, dessen Stimme müssen wir nicht nur als Protest romantisieren oder als Denkmittel nachträglich verklausulieren. Der oder die eine oder andere meint es auch so.

Ja, es ist richtig: Parteien müssen unterscheidbar, politische Debatte erkennbar sein. Aber notwendig ist neben allen Mitteln des Diskurses und des Meinungswettstreits die klare Grenzziehung aller Demokratinnen und Demokraten gegenüber Extremismus, Hass und Ausgrenzung. Wer Hass wählt, für den wird sich nichts verbessern. Wer angegriffen wird, der oder dem stehen wir Demokratinnen und Demokraten solidarisch bei.

Wir knicken jetzt nicht ein, sondern wir kämpfen für ein Land, in dem Herkunft, Religion und Aussehen keine Rolle spielen und in dem Familien wie die von Marwa El-Sherbini sicher und glücklich leben können.

Ich bedanke mich für die Auszeichnung, die ich mit Demut und Dankbarkeit annehme.